

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.41 vom 02.10.2014

→ TOP-ISSUES

EU-KOMMISSION ERÖFFNET BEIHILFERECHTLICHES VERFAHREN GEGEN IRLAND UND LUXEMBURG

Die EU-Kommission hat am 30.09.2014 zwei Entscheidungen veröffentlicht, in denen sie ankündigt, gegen Irland und Luxemburg beihilferechtliche Verfahren gem. Art. 108 Abs. 2 EUV zu eröffnen. Die Kommission hatte bereits im Juni die Untersuchung angekündigt und hat nunmehr eine ausführliche schriftliche Fassung der Entscheidungen vorgelegt. Allerdings handelt es sich nicht um eine finale Entscheidung. Die Beteiligten haben nunmehr nach Veröffentlichung der Entscheidungen die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Die Brüsseler Behörde will in Erfahrung bringen, ob die Unternehmen Apple, Starbucks und Fiat Finance and Trade durch eine selektive Besteuerungspraxis in Irland, den Niederlanden und Luxemburg bevorzugt wurden. Sie nimmt damit sog. Tax Rulings ins Visier, die – ähnlich der verbindlichen Auskunft – der Schaffung von Rechtssicherheit für das steuerpflichtige Unternehmen dienen. Zwar darf ein Ruling auch nach nationalem Recht grundsätzlich nicht von der allgemein verbindlichen Rechtslage abweichen. Allerdings hat die EU-Kommission den Verdacht, dass dieser Grundsatz in manchen Mitgliedstaaten nicht eingehalten wird. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

19. GLOBALES FORUM DER OECD ZU STEUERABKOMMEN

In der vergangenen Woche fand das 19. Globale Forum der OECD zu Steuerabkommen statt. Dabei trafen sich über 300 Steuerbeamte aus mehr als 100 Ländern und internationalen Organisationen in Paris, um Lösungswege zur aufgrund von BEPS auftretenden doppelten Nichtbesteuerung zu diskutieren. Zur Debatte standen u. a. die ersten Empfehlungen der BEPS-Projektergebnisse (vgl. hierzu BID Steuerpolitik 2014.39).

Hintergrund: <http://goo.gl/aLiFdW>

G20-TREFFEN DER FINANZMINISTER UND NOTENBANKGOUVERNEURE

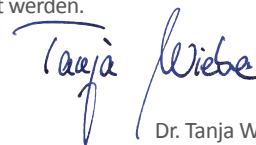
Vom 09.-10.10.2014 findet das vierte G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Washington statt. Steuerpolitisch relevante Themen sind dabei aber nicht zu erwarten, stattdessen steht die G20-Initiative zu Datenlücken auf der Tagesordnung. Diese Initiative besteht aus 20 Empfehlungen für weitere Verbesserungen von international vergleichbaren Statistiken.

Hintergrund: <http://goo.gl/NIXpNa>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die steuerpolitische Woche steht ganz im Zeichen der internationalen Bemühungen gegen Steuervermeidungspraktiken. So hat die Europäische Kommission diese Woche eine ausführliche Entscheidung ihrer Beihilfverfahren gegen Irland, die Niederlande und Luxemburg vorgelegt, in der sie ihren bereits im Juni geäußerten Verdacht „selektiver“ körperschaftsteuerlicher Begünstigungen der Unternehmen Apple, Starbucks und Fiat Finance and Trade untermauert. Die Staaten sind nunmehr aufgefordert, ihre Sicht darzulegen und verschiedene Dokumente innerhalb eines Monats nach Erhalt der Entscheidung zur Verfügung zu stellen. Irland hat postwendend den Deal bestritten. Auch wenn damit bei weitem noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist, die Vorgehensweise der Kommission verdeutlicht, dass sie einzelne Konzerne begünstigende Absprachen nicht länger dulden will. Das Ziel der Vermeidung schädlicher Steuerpraktiken wird diese Woche zudem im Rahmen des OECD-Projekts „Base Erosion and Profit Shifting“ in einem Bericht zu den besonderen Herausforderungen für Schwellenländer adressiert. Herausforderungen mit Blick auf Personal und Technik birgt auch der für Schwellenländer geplante automatische Informationsaustausch, für den eine Strategie gezeichnet wurde. Es ist unübersehbar, an allen Ecken und Enden soll den steuerschädlichen Praktiken der Garaus gemacht werden.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

- **TOP-ISSUES** 1–9
- **OUTGOING** 10
vom 27.09. bis 02.10.2014
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Verzinsung von Steueransprüchen
u. a.
- **BFH-URTEILE** 11–12
vom 01.10.2014
- **BMF-SCHREIBEN** 13
vom 26.09. bis 02.10.2014
- **STATUS** 14–22
zum 02.10.2014
Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)
... sowie weitere Gesetze
- **UPCOMING** 23–24
vom 04.10. bis 10.10.2014
Bundestag: 57. Sitzung u. a. mit der 1. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13.02.2014 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Costa Rica zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
Bundesrat: 926. Sitzung u. a. zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien 2013 (Lohnsteuer-Änderungsrichtlinien 2015 - LStÄR 2015)
Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

OECD: BERICHT ZU AUSWIRKUNGEN DES BEPS-PROJEKTS AUF SCHWELLENLÄNDER UND STRATEGIEPLAN ZUR TEILNAHME VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN AM AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH

Am 22.09.2014 hat die OECD im Rahmen des G20-Finanzministertreffens zwei Berichte veröffentlicht, die die Zusammenarbeit am BEPS-Projekt (Base Erosion and Profit Shifting) und am automatischen Informationsaustausch mit Schwellen- und Entwicklungsländern adressieren.

1. Bericht zu Auswirkungen von BEPS auf einkommensschwache Länder

Bei diesem Bericht handelt es sich um Teil 2 eines Berichts an die Development Working Group (DWG) der G20-Staatengemeinschaft (vgl. Teil 1 des Berichts in BID Steuerpolitik 2014.37). Der Bericht beinhaltet Empfehlungen an die DWG zur Unterstützung einkommensschwacher Länder (i. d. R. Entwicklungs- und Schwellenländer) im Hinblick auf BEPS. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EU-KOM REICHT KLAGE BEIM EUGH GEGEN DEUTSCHLAND EIN WEGEN VORSCHRIFTEN ZUR MWST-ERSTATTUNG FÜR MARKTBETEILIGTE AUS NICHT-EU-LÄNDERN

Die EU-Kommission hat beschlossen, Deutschland wegen seiner Vorschriften für Mehrwertsteuer-Erstattungsanträge für Unternehmen aus Drittstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH-URTEILE

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 7](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de